

Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

***Erhalt des Vereins für Konsumenteninformation (VKI)***

**Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden**

**RESOLUTIONSANTRAG**

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der **Sitzung am 14.12.2021** beschließen:

„Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für den Erhalt des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) inklusive seiner langfristigen personellen, organisatorischen und finanziellen Absicherung durch den Bund aus.“

**Begründung**

Die türkis-grüne Bundesregierung verhindert seit 2020 eine langfristige personelle, organisatorische und finanzielle Absicherung des Vereins für Konsumenteninformation. Auf Betreiben der „Neuen ÖVP“ und mit Wissen und Willen des grünen Koalitionspartners, der in Person der Konsumentenschutzminister Rudolf Anschober und Dr. Wolfgang Mückstein auch für die budgetäre und rechtliche Absicherung des VKI in der Bundesregierung verantwortlich zeichnen, wird bereits zum dritten Mal in Folge nur eine „einjährige“ Finanzierung aus Budgetmitteln des Bundes zugestanden. Offensichtlich möchte man den VKI „konsumentenschutzpolitisch“ gefügig machen, damit gegen von der ÖVP vertretenen Konzerninteressen nicht vorgegangen werden kann. Dies ist umso bedauerlicher, als in Zeiten der Corona-Wirtschaftskrise ein starker VKI, der langfristig abgesichert ist, notwendiger denn je ist.

BR Dr. Fritz Simhandl (für die FPÖ-Fraktion)